

SPÖ Wahlprogramm 2024 – „Mit (Herz) und Hirn. Unser Plan für dein besseres Österreich.“

https://www.spoe.at/wp-content/uploads/2024/09/Wahlprogramm_Web.pdf

(S. 44 Auszüge aus: „Digitalisierung für die Menschen nutzbar machen“)

Strengere Regulierung von Plattformen und Social Media

Soziale Medien sind zu einem Ort der Polarisierung und Emotionalisierung und zum Einfallstor für Propaganda, Manipulation, Hatespeech, Desinformation und Fälschungen verkommen. Das ist umso bedenklicher, als Soziale Medien bereits jetzt die Hauptnachrichtenquelle für die 18- bis 24-Jährigen sind. Der große Traum vom freien Internet, das zu gestärkter Meinungsfreiheit, Transparenz und Wohlstand beiträgt, scheint ausgeträumt. Einige Regulierungsinitiativen auf europäischer Ebene sind bereits erfolgt. Wir setzen uns für weitere Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kontrolle über digitale Plattformen ein:

- Wir befürworten ein strengeres Wettbewerbsrecht zur Verhinderung von Quasi-Monopolen.
- Wir stehen für mehr Transparenz, was Algorithmen und die Verwendung von Daten von User*innen betrifft.
- Wir wollen die Stärkung des Konsument*innenschutzes im Internet, sicheren Online-Handel und strengere Vorgaben für die Forenmoderation.
- Trusted flagger, Schlichtungsstellen und Faktencheck-Initiativen müssen besser unterstützt werden.

(S. 80 ff. Auszüge aus: „Experte am Wort“ **Interview** mit Schauspielerin Clemens Obonya)

Was befürchten Sie heute?

Meine Sorge ist, dass sie es diesmal cleverer und schneller machen. Das geht besonders einfach über den Weg der Kultur und die Medien. Man sperrt die Leute nicht mehr in Lager. Heute macht man Menschen mundtot, indem man den Geldhahn zudreht, Arbeitsmöglichkeiten streicht, Direktor*innen austauscht. Aus den Reihen der FPÖ wurde dem Kabarettisten Florian Scheuba ja bereits ausgerichtet, er würde nach den kommenden Wahlen 2024 „nur mehr beim Arbeitsamt auftreten“ ...

... und unter einem Kanzler Kickl würden „so einige wieder das Benehmen lernen – vom Journa listen bis zum Islamisten“ ...

Eine zum Autoritarismus neigende Regierung kann – und wird – die Kultur- und Medienlandschaft nach ihren Vorstellungen umbauen: zu einem Sprachrohr ihrer Politik. Wir sehen in Ungarn, der Slowakei und Italien, wie das bereits gemacht wird.

(...)

Sehen Sie die Freiheit der Kunst in Gefahr?

Die Freiheit an sich ist in Gefahr – wenn unsere Demokratie in Gefahr ist. Wenn aus der Politik laufend die Justiz, freie Medien oder die Kultur attackiert wird. Die Leute verändern

sich individuell und im Kollektiv. Du musst heute keine bewaffneten Uniformierten mehr durch die Straßen schicken wie in den 1930er Jahren, um eine gewisse Stimmung zu erzeugen. Du brauchst nur das Internet. (...)

(S. 82 Auszüge aus: „DERUNGEN UNSERE IDEEN FÜR KUNST UND KULTUR. So fördern wir freie, künstlerische Vielfalt“)

Kultur- und Kreativstandort Österreich

Die SPÖ will die Förderungen für den Fernsehfonds Austria und das Österreichische Filminstitut erhöhen und die Bürokratie bei Filmförderungen verringern. Der ORF soll verstärkt in österreichische Inhalte investieren, in den ORF-Gremien sollen Kreative vertreten sein. Sparmaßnahmen dürfen nicht zulasten der Künstler*innen gehen. Netflix, Spotify und andere Anbieter sollen einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Kreativstandortes Österreich leisten. Zudem braucht es eine Strategie zur Nachwuchsförderung im Film und zur Weiterbildung in Digitalisierung und KI.

(S. 83 „UNSERE IDEEN FÜR EINE GUTE MEDIENPOLITIK. So stärken wir den Journalismus“)

Bekennnis zur Pressefreiheit

Österreich liegt im weltweiten Ranking der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ derzeit auf Rang 32 – ein Warnsignal an unsere Gesellschaft. Der schlechte Platz ergibt sich durch politische Einflussnahme (etwa der Versuch der ÖVP, ein Zitierverbot für Ermittlungsakten durchzusetzen), mangelnde Finanzierung oder fehlende Medienvielfalt. Immer öfter werden Journalist*innen Opfer von Beschimpfungen und sogar körperlicher Attacken. Die SPÖ bekennt sich zur Pressefreiheit. Unsere medienpolitischen Maßnahmen stärken die demokratische Kraft der Medien und tragen zu mehr Vielfalt, Qualität und Unabhängigkeit bei. So verhindern wir eine autoritäre Wende und die Orbanisierung der heimischen Medienlandschaft.

Ein unabhängiger ORF

Der Österreichische Rundfunk ist der Allgemeinheit verpflichtet und muss die Gesellschaft in ihrer Vielfalt repräsentieren. Die aktuellen Rahmenbedingungen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Laut Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs sind die Gremien des ORF teilweise verfassungswidrig besetzt, wirkliche politische Unabhängigkeit ist nicht gegeben. Wir wollen eine umfassende Reform der ORF-Gremien durch folgende Maßnahmen: Weniger Einfluss von Bundeskanzler und Bundesregierung, Aufwertung des Publikumsrats für mehr allgemeine Mitbestimmung, Umgestaltung des Stiftungsrats zu einem operativ arbeitsfähigen Aufsichtsorgan, Wiedereinführung geheimer Wahlen und Etablierung qualifizierter Mehrheiten bei der Wahl des Generaldirektors, sowie transparente Personalentscheidungen und Hearings bei der Personalauswahl.

Private Medien: Förderung von Qualität & Vielfalt

Die Auflagen und Anzeigenerlöse privater Medienunternehmen sind deutlich eingebrochen, die Zahl verfügbarer Titel deutlich zurückgegangen. Immer weniger Journalist*innen müssen in immer kürzerer Zeit immer mehr Nachrichten produzieren. Das Mediennutzungsverhalten hat sich durch die Digitalisierung massiv verändert, doch es gelingt vielen österreichischen

Medien nicht, mit digitalen Angeboten Geld zu verdienen. Das bestehende Förderungswesen soll deshalb ausgebaut, zugleich jedoch vereinfacht, zielgerichteter und wissenschaftlich begleitet werden. Wir beschließen eine Förderstrategie aus einer Hand – mit klaren Zielvorgaben, Fördervoraussetzungen und Fokus auf Qualität, Diversität, Innovation und Erhöhung der Medienvielfalt. Die Medienförderung soll ausgebaut werden – mit neuen Förderschienen wie dem „Mein-Medien-Abo“ (siehe Folgepunkt). Wir unterstützen auch gemeinnützigen und gemeinwohlorientierten Journalismus sowie den nicht-kommerziellen Rundfunk. Die Einnahmen aus der Digitalsteuer werden für Medienfördermaßnahmen zweckgewidmet.

Das „Mein-Medien-Abo“

Geförderte Medienabonnements für junge Menschen – das „Mein-Medien-Abo“ – sollen die Medienförderung demokratisieren. Medien werden gefördert, indem die Leser*innenschaft ermächtigt wird, eine selbstbestimmte Medienauswahl zu treffen. Konkret sollen alle zwischen 16 und 30 Jahren die Möglichkeit bekommen, jährlich ein Abo im Wert von bis zu 150 Euro für ein Medium nach Wahl abzuschließen – analog oder digital. Die Kosten dafür werden vom Bund getragen. Die Finanzierung soll durch eine Zweckwidmung der Digitalsteuer erfolgen. Um auf die Liste der zur Wahl stehenden Medien zu kommen, müssen festgelegte Kriterien erfüllt werden. Die Beurteilung übernimmt ein unabhängiger und mit breiter Expertise ausgestatteter Beirat. Die ausgewählten Medien sollen einen Beitrag zu politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Debatten in Österreich leisten. Eine Vielfalts- und Gründungsförderung für Start-ups und Medienprojekte wirkt unterstützend für journalistische Innovationen.

Transparente Inseratenvergabe

Das aktuelle System der Inseratenvergabe schadet sowohl der Politik als auch den Medien: Unabhängigkeit von Medien wird infrage gestellt, was zum Verlust ihrer demokratischen Funktion und damit ihrer Daseinsberechtigung führt. Die Politik ihrerseits kommt in den Verruf, Medien manipulieren zu wollen. Das System ist intransparent und wettbewerbsverzerrend. Wir wollen einen Neustart der Inseratenvergabe auf Basis von Transparenz, klaren Vorgaben und finanziellen Obergrenzen. Das Inseratenvolumen soll insgesamt reduziert, dafür das Budget für die Medienförderung aufgestockt werden. Wir schaffen ein eigenes Gesetz mit klaren Vorgaben für eine transparente Inseratenvergabe inklusive Vergabekriterien und -zielen. In einem eigenen Globalbudget legen wir die Ausgaben für alle Informationsmaßnahmen der Bundesregierung verbindlich fest.

(S. 92 ff. Auszüge aus: „Expertin am Wort“ **Interview** mit Andrea Gruber, 2015 Weltmeisterin im Jiu Jitsu)

(...)

Manche Sportarten werden mehr geschätzt als andere. Wie ändern wir das?

Im österreichischen Sport zählt in erster Linie der Medaillenerfolg. Medien bestimmen, wer als Held*in gefeiert wird. Randsportarten und Breitensport finden wenig Anerkennung, außer durch Initiativen wie „Kinder gesund bewegen“ (KiGeBe) oder die tägliche Turn- und Bewegungseinheit. Gemeinsame Trainingszentren könnten den Austausch und die gegenseitige Wertschätzung fördern. Medien sollten außerdem verpflichtend die Vielfalt des Sports sichtbar machen.

(S. 108 ff. Auszüge aus: „Expertin am Wort“ **Interview** mit Maria Berger, ehem. Justizministerin)

Welche Anzeichen sind das?

Es fängt scheinbar harmlos an. Etwa mit dem Versuch, die Ermittlungsmöglichkeiten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft massiv einzuschränken. Mit dem Versuch, ein Zitierverbot zu erwirken, um die Medien zu schwächen, der zum Glück nicht erfolgreich war. Die Ansagen von ÖVP und FPÖ gegen den ORF oder von Herbert Kickl, der 2019 sagte: „Das Recht hat der Politik zu folgen“ – eine der gefährlichsten Ansagen der vergangenen Jahre.

(...)

Wären solche Manöver auch bei uns möglich?

Bei einer blau-schwarzen Regierung steht das zu befürchten. Die ÖVP hat sich sehr weit nach rechts bewegt. Demokratische Beschlüsse auf EU-Ebene werden plötzlich als „Diktat aus Brüssel“ denunziert, Orban wird von ÖVP und FPÖ angehimmelt. Eine Koalition FPÖ/ÖVP würde nicht bedeuten: „Mitte und Rechts“, sondern: „Rechts und extrem Rechts“. Deshalb müssen wir besonders darauf achten, dass die Kontrollinstrumente intakt bleiben: der Verfassungsgerichtshof, die an deren Höchstgerichte, das Parlament mit einer starken Opposition, die freie Presse und ein unabhängiger ORF, die Zivilgesellschaft und die Bindung an internationale Verpflichtungen. Alles das steht auf der Abschlusliste solcher Regierungen.

(S. 110 – Auszüge aus: „**UNSERE IDEEN FÜR GRUNDRECHTE, FREIHEIT, JUSTIZ UND DEMOKRATIE. So wappnen wir die Republik gegen Korruption und Angriffe auf die Demokratie**“)

Krisenfeste Demokratie

Unsere Demokratie muss sich gegen verfassungsfeindliche und antidemokratische Kräfte wehren. Fake News, Deepfakes und antidemokratische Propaganda von „alternativen Medien“ oder ausländischen Geheimdiensten müssen enttarnt und richtiggestellt werden. Soziale Medien müssen die Verbreitung von Lügen und falschen Fakten, die zur Destabilisierung von Staat und Demokratie führen können, verhindern. Dies beinhaltet rasche Reaktion, Löschung oder Richtigstellung. Wir werden die Betreiber*innen dazu verpflichtet, ihrer Aufgabe nachzukommen.

(S. 114 Auszüge aus: „**Willkommen in der Mitmach-Republik!**“)

Die Grundlagen politischer Teilhabe

Wir wollen ein Österreich, in dem die Menschen sich auf Informationen von Medien verlassen können, Vertrauen in die Verwaltung haben und sicher sein können, dass sie in einem Rechtsstaat leben, der alle Menschen gleich und gerecht behandelt. Ein Österreich, in dem alle Menschen, die das wollen, sich als mündige Bürgerinnen und Bürger aktiv an demokratischen Prozessen beteiligen können. Der SPÖ-Expert*innenrat, Veranstaltungen wie der Mitmachkongress und die parteiinterne Demokratisierung durch eine Reform der Statuten sind dabei nur die ersten Schritte. (...)